

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Sonntag und Freitag mit Ausnahme...

Jahrespreis 100 Pfg. ... Einzelhefte 10 Pfg. ...

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Dienstag, den 18. Februar 1919

Nummer 88

Verschärfung der Lage im Ruhrrevier.

Der Generalkrieg erklärt.

Essen, 18. Februar. Für den gesamten Ruhrkohlenbezirk ist der Generalkrieg proklamiert worden.

Inzwischen hat auch der Essener K. u. S. Rat um die Essener Stadtverwaltung gestern nachmittags ein Telegramm an die Reichsregierung nach Weimar geschickt...

Auf des Messers Schneide.

Aus Münster wird uns geschrieben: Zu den Vorkäufen in Münster, wo der kommandierende General Freiherr von Walter mit Hilfe des Freiwilligen-Bataillons Richtschlaa den Generalkrieg erklärt...

Die am 14. 2. 1919 im Saalbau zu Essen tagende Sitzung der Vertreter der K. u. S. Räte VII. K. R., der drei Parteien...

Der in allen Teilen Deutschlands neu ausbrechende Militarismus ist eine schwere Gefahr für die Revolution.

- 1. Sofortige Wiedereröffnung des Generalkriegsrates mit allen seinen Rechten und Befugnissen.
2. Sofortige Entfernung des kommandierenden Generals und der Offiziere, welche mitschuldig sind an den Vorgängen.
3. Bestrafung der Schuldigen.
4. Abzug des Generalkriegsrates gemäß einem früher gefassten Beschlusse.

In der Erkenntnis der großen Gefahren, die die Eigenschaften der Revolution bedrohen, verpflichten sich die versammelten Vertreter des Industriegebietes...

Die von der erweiterten Sitzung des Generalkriegsrates gefassten Beschlüsse sind unverzüglich zur Durchführung zu bringen.

Die Konferenz erwartet bis spätestens Montag vormittag die Antwort der Regierung.

Dieser Beschlusse wurde der Reichsregierung sofort übermittelt und eine Kommission einzeln, die mit der Regierung verhandeln soll.

Weiter beschloß die Konferenz, überall dort, wo Freiwilligentruppen einmarschieren, sofort in den Generalkrieg einzutreten.

Die Freiwilligentruppen besetzten Recklinghausen, die Bergarbeiter verweigerten darauf das Einlassen in die Grube.

In Herbst-Vorkäufen am Sonnabend die Freiwilligen ein. Die Arbeiterwehr leistete bewaffneten Widerstand.

Durch diese und andere Vorgänge ist die Empörung der Gesamtarbeiterschaft so gesteigert, daß der Generalkrieg proklamiert worden ist.

Daß die Arbeiterschaft geschlossen die Absetzung des kommandierenden Generals und der an den Vorkäufen im Münsterlande künftigen Offiziere fordert...

Durch die obige Darstellung ergibt sich, daß die Nachrichten der bürgerlichen Presse über die Ursachen des Generalkriegs im Ruhrrevier erlogen sind.

Die Essener Reuekommission wieder beauftragt.

Essen, 17. Februar. Die Delegation der Reuekommission, welche zur Reichsregierung in Weimar entsandt wurde, ist mit der Anerkennung der Reuekommission seitens der neuen Reichsregierung zurückgekehrt.

Das Wahlergebnis in Österreich.

Wien, 17. Februar. Das endgültige amtliche Ergebnis der Wahlen liegt noch nicht vor, da aus einzelnen Bezirken die Wahlergebnisse fehlen.

Einigung in Danzig.

Danzig, 17. Februar. Zwischen dem Vollzugsausschuß und dem Generalkommando des 17. Armeekorps war ein Streit ausgebrochen wegen der Neuordnung der Kommandopower.

November-Demokraten!

Seit dem 9. November 1918 gibt es im Deutschen Reich nur noch „demokratische“ oder „Volks“parteien. Alle Schwärmer sie plötzlich für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht — in Wirklichkeit ist es allen kapitalistischen Parteien ein Greuel...

Hört es, Berliner Wähler und Wählerinnen! Die Herren Cassel, Nominen und Genossen wollen endlich so gut sein — zum Zwecke des Wählerlängs — die demokratischen Forderungen zu „berücksichtigen“.

Es war am 12. April 1900, da beantragte die Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion, die Stadtverordnetenversammlung wolle „an den preussischen Landtag das Ersuchen richten, daß... die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts auch für die Gemeindevahlen beschlossen werden möge“.

Damals fiel in der „liberalen“ Stadtverordnetenversammlung das einst von dem konservativen, Gaalen im reaktionären preussischen Landtag geprägte Wort: „Wer will eintragen, mich auch mitzuten.“

Und als dieselben Kreislinge im preussischen Abgeordnetenhause, wo sie eine Minderheit waren, für das allgemeine Wahlrecht eintraten da nickten sie sich den Spott des konservativen Oltavio von Redlich gelassen lassen, der

ihnen zurück, sie möchten es doch mal probeweise erst in der Gemeinde einführen; bewährte es sich dort zur Zufriedenheit der Herrn Fortschrittler, dann würden die Konservativen es auch für Bremen geben! Aber die Fortschrittler waren und sind weit davon entfernt, freiwillig diese Probe machen zu wollen. Gelegenheit dazu bot ihnen — noch den unangehenden Diktator des Weltkrieges und nach der schönen Verheißung der „Neuorientierung“ — ein Antrag der Sozialdemokratie im Berliner Stadtparlament auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts im Oktober 1917. Nun war es am Berliner Stadtparlament, durch Daten zu beweisen, daß er vom Geist der neuen Zeit einen Hauch verhauchte.

Doch was geschah? Die Fortschrittler wollten zwar nicht mehr, offen ihren Standpunkt von 1900 zu vertreten. Die Angst vor denen, die eines Tages aus den Schützengräben heimkehren und ihre Rechte fordern würden, ließ sie ihr Ziel suchen in einer Verwicklungsstrategie, die nur eine schlecht verpackte Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages war. Statt diesen anzunehmen, überwies sie ihn, kraft ihrer freisinnigen Mehrheit, zur weiteren Beratung einer gemischten Deputation, in der er beraten wurde. So bewiesen die Fortschrittler, daß sie trotz des Krieges nichts gelernt und nichts vergessen hatten. Und die „Demokraten“ von heute sind genau so reaktionär und volksfeindlich wie der Berliner Stadtparlamentarier von gestern, nur daß sie heute ihr wahres Gesicht verhehlen, um es erst dann wieder zu zeigen, wenn sie den Zeitpunkt gekommen glauben, dem Volke seine durch die Revolution eroberten Rechte wieder kürzen zu können.

So war die Berliner Stadtverordnetenversammlung eine ausgesprochene Stätte des Klassenkampfes. Der Arbeiterklasse ist heute endlich die Möglichkeit gegeben, sich durchzusetzen, wenn die Berliner Wähler und Wählerinnen aus der Vergangenheit gelernt haben und mit dem Berliner Kommunalfreiwahlgesetz, der sich jetzt „Demokratie“ nennt, am 23. Februar gründlich abrechnen. Nur eine Mehrheit der unabhängigen Sozialdemokratie ist eine Voraussetzung dafür, daß zukünftig nicht einseitige Klasseninteressen, sondern das Wohl der Gesamtheit die Politik im roten Hause bestimmt.

Esner über die Berner Konferenz.

Am 18. Februar erhaltete Genosse Kurt Esner in einer im Deutschen Theater in München von der U. S. P. einberufenen öffentlichen Klassenversammlung Bericht über die Internationale Sozialisten-Konferenz in Bern.

Der aus der Schweiz kommt — führte er aus — in das Deutschland der Revolution und hört das Geschrei der Presse mit ihrer wilden Verheerung, die jetzt in der Gesangsfrage auf zum Ausdruck kommt, der erinnerst sich an Zeiten, da man Menschen krenzte. Man möchte rufen: „Sie wissen nicht, was sie tun.“ In dem Augenblick, da Deutschland und das deutsche Volk vor der schmerzlichen Gefahr steht, die ihm jemals beschieden war, taumeln wir am Abgrunde.

Es war nicht leicht, sich in Bern an einen Tisch zu setzen mit Sozialisten, die fest entschlossen waren, die echte Internationale zu sprengen. Nicht einmal in die Tagesordnung wollten die französischen Genossen einsteigen, die von lebenswichtigen Angelegenheiten gegen Deutschland und das deutsche Volk erzählt waren. Der Deutsche mußte sich hineindenken in das bewußte Vaterland unserer französischen Genossen. Es müßte die größte Ehre sein, diese bewußten Länder freiwillig wieder aufzugeben, um die Lohnarbeit, die auf und lastet, zu lösen. Esner erwarb die Genossen von der Mehrheitspartei jenes Schulbekenntnis, das der Angelpunkt der ersten Sitzungen wurde. Er war dafür, daß sich die Mehrheitssozialisten bekennen zum neuen System. Das Richtige gegen sie war so unüberwindlich, daß noch kurz vor Schluß der Konferenz die große Sache zusammengebrochen wäre.

Esner gelang es durch das Bekenntnis der rechtschaffenen Mehrheit, als deren Kongreß er auftreten mußte. Als Esner vom Kongreß lebhaft gebührt wurde, begrüßten ihn die französischen Sozialisten und versicherten: „Nehi haben Sie uns freigesprochen, jetzt können wir für Euch Deutsche in Frankreich arbeiten.“ Wie nimmt sich dazu der Proletariat unserer vermeintlichen Patrioten an? Es habe Esner tief erschreckt, daß die Internationale der festen Meinung war, daß die neue Revolution nur eine Form des alten deutschen Schwindels ist. Esner erklärte, das deutsche Volk habe nur aufhören müssen, was ein verrücktes System bis zum Wahnsinn forderte. Aber, so sagte die Internationale es sind doch noch alle alten Leute am Ruder. Seid ihr nicht bei den Wahlen unterlegen? Wer steht hinter Kurt Esner? Er überzeigte sie, daß in den Massen des deutschen Volkes eine tiefe Wdrung besteht und deshalb haben sie sozialdemokratisch gewöhlt.

Für die deutschen Mehrheitssozialisten war der Kongreß ein förmliches Speichrutenlaufen. Sein Neutralitätswort sie zu verurteilen. Die Delegationen kamen überhaupt nicht. Kommissar Thomas, der Freund Jaurès, schien unverständlich, weil er Deutschland kannte und tiefe Nächstenliebe wurde prungen miteinander. Die französischen Genossen wurden nachdenklich über ihre Art, Politik zu treiben. Als man eine neue Sprache fand, war die Schuldfrage erledigt. Zum Völkerbund waren sich alle einig, daß kein Land dem Völkerbund ausgeschlossen werden dürfe, auch nicht Rußland. Selbst das Mittelmeer ist nicht mehr verträglich mit der neuen Zeit, da es den Reim für einen neuen Militarismus in sich birgt. Eine Weltverfassung des internationalen Arbeiterschutzes wurde vom Kongreß geschaffen. Die Territorialfragen waren verhältnismäßig leicht zu entscheiden, wo die Völker selbst regieren. In der klassischen Frage wird durch die Volkswahl die deutschen Gewählten der Boden für alle Zeiten entzogen. Dadurch, daß Schlag-Bohringen französisch wählen wird, werden wir sehen, daß es in 48 Jahren nicht deutschfreundlich geworden ist. Und so streben unsere deutschen Grenzgebiete zu unserer Schande hinaus aus Deutschland. Wir wollen nächsten, Patrioten aller Länder zu sein.

Besonderes Interesse erregten die Schlussarbeiten über die Diktatur, Demokratie und den Bolschewismus. Die Schweizer (Simmerwiler) hatten den Kongreß bekanntlich nicht besucht. Sie waren nachher als Gäste anwesend. Die Frage: Diktatur des Proletariats ist dasjenige Problem, das der Sozialismus entscheiden muß, so oder so. Die Konferenz war sich in Bezug auf den Bolschewismus einig. Anklagen fallen zu lassen, mit Ausnahme der erkrankten Massen anderer Nationen. Alle versahen, daß eine internationale Kommission nach Rußland gehen soll. Die Mehrheit wollte den Bolschewismus nicht unterstützen. Die

Internationale forderte, sich zu bestimmen auf eine einzige sozialistische Politik. Es herrsche die Auffassung: Die bolschewistische Mut droht über Europa. Man müsse sich damit klarheit verschaffen, bevor man Urteile darüber fällt. Es wurde beschlossen, auf dem nächsten Kongreß, etwa April, diese Frage zu lösen.

Zum Schluß erwähnte Esner, daß seine Behauptungen gegenüber einem Vertreter des Volkstums in Bezug der deutschen Kolonialfragen in Amerika lebendig entfacht und ins Gegenteil verkehrt wurden, was von der deutschen Presse hier aufgegriffen wurde. Er stehe auf dem Standpunkt, daß wir selbstverständlich das gleiche Recht wie alle übrigen Länder beanspruchen müssen, daß jedoch die deutschen Arbeiter früher wenig Interesse für Kolonialfragen hatten. — Wir dürfen den bürgerlichen Parteien in Frankreich keinen Vorwand geben, zu sagen, daß Deutschland noch das alte sei. Das Proletariat muß seine Kräfte zusammenfassen zur letzten Entscheidung, daß der Sozialismus endlich eine lebendige Wirklichkeit werde. Der Grundstein ist in Bern gelegt zum Tempel des völkervereinenden Sozialismus.

Das neue Wirtschaftsprogramm.

Der neue Minister des Reichswirtschaftsamtes, Wissell, hat das Bedürfnis gehabt, die Befürchtungen der Unternehmer zu zerstreuen, er sei ein Gegner der Wirtschaftspolitik seines Vorgängers, Dr. August Müller. Müller hatte sich bekanntlich mit aller Entschiedenheit gegen die Sozialisierung gewandt und auch im übrigen durch seine Politik wie durch seine Persönlichkeit es in der kurzen Zeit seiner Amtstätigkeit so weit gebracht, daß die Fraktion der Rechtssozialisten ihn bei der Neubildung des Ministeriums gegen wenige Stimmen seiner Freunde in die Verjagung fallen ließ.

So sehr die Befreiung dieses wütenden Reaktionsärs zu begrüßen ist, der seit seiner Erwerbung von akademischer Bildung weder proletarische, noch sozialistische Ueberzeugung besessen hat, so sehr wird man sich bitten müssen, an die Tatkraft seines Nachfolgers Wissell große Erwartungen zu knüpfen.

Denn wie Wissell in seiner Unterredung mit einem Redakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ erklärte, sei es vollkommen grundlos, aus seiner Ernennung zu schließen, als folge dem Antisozialisierungsminister nun der Sozialisierungsminister. Er sei mit keinem Vorgänger „vollkommen einig in der Ablehnung aller und jeder Experimente“. „Unser industrielles Leben ist so nahe vor dem Zerfall, daß man alles tun muß, um es auf Grundlage der bisherigen Betriebsverfassung wieder einermöglichen in Gang zu bringen, nicht aber um die Grundlage selbst auszuwechseln.“ Wenn ich also bei der Sozialisierung vor Experimenten und Vergewaltigungen warne, so tue ich es nicht unter Abkehr von meinem lebenslangen Programm, sondern weil ich dessen endlicher Durchführung nicht jedem Boden entgegen will. Erst muß man wieder lebenskräftige Wirtschaftskörper haben, ehe man sie sozialisieren kann. Deswegen will ich mit einer neuen Belebung der Wirtschaft anfangen und verschmähe den billigen agitatorischen Erfolg, mich von Unkundigen und Voreiligen zum Sozialisierungsminister ausrufen zu lassen.

Auch wir wissen, daß die Neubildung der Wirtschaft eine Vorbedingung der Sozialisierung ist. Aber wie die Erfahrungen von Tag zu Tag deutlicher beweisen, ist diese Neubildung der Wirtschaft durch die Unternehmer nicht zu erwarten. Sie tun alles, um dem Wirtschaftslieben alle nur denkbaren Schwierigkeiten zu bereiten. Deshalb muß die Sozialisierung überall dort sofort in Angriff genommen werden, wo sie die Wideransichtung des Wirtschaftslebens fördert. Und das ist neben dem Bergbau noch in einer ganzen Reihe von anderen Industriezweigen der Fall.

Einigkeit im bayerischen N.- und S.-Kat.

München, 18. Februar. Wolff meldet nachträglich über die gestrige Radikaltagung der Arbeiter-, Bauern- und Soldaten-Kat. in Regensburg: In Regensburg teilte der Vorsitzende Kiechsch folgenden Antrag der Unabhängigen mit:

Der Minister für militärische Angelegenheiten wird ersucht, unverzüglich auf dem kürzesten Wege die bestehenden Verordnungen für Bildung einer Volkswehr in die Hände der örtlichen N.- und S.-Kat. zu legen. Sämtliche Ämter über die bereits angeworbenen Offiziere und Mannschaften sind bei der Uebergabe vorzulegen. Wer sich von den Führern der Verbände wehrt, ist in Schutzhaft zu nehmen. Es dürfen nur gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiter und bauernbündnerisch organisierte Bauern angeworben werden.

Nach Begründung des Antrages durch den Arbeiter-Kat. Soldatmann erklärte Ministerpräsident Esner sein vollständiges Einverständnis mit dem Antrag. Wolff bemerkte Esner, das Richtige, das durch die letzte Resolution in Regensburg sollte er für unbedenklich, aber für begrenzt. Wir wollen die Revolution schärfen und fortführen, aber mit einigen Proletariaten, nicht mit Proletariaten gegen Proletariet. Der Antrag der Unabhängigen fand einstimmige Annahme. Eine neunköpfige Kommission befaßt sich zur Durchführung des Antrages sofort in das Ministerium für militärische Angelegenheiten.

Von der unabhängigen sozialistischen Partei lag weiter folgende Entschliessung vor: Der Kongreß der N.-, B.- und S.-Kat. ist der Hüter und Förderer der revolutionären Erregungsmomente. Er verurteilt jeden Verstoß gegen die Einheit der bayerischen Proletariat und richtet an das gesamte bayerische Proletariat den Appell, bei Aktionen nur einig und geschlossen gegen jede Regierung vorzugehen. Die Resolution fand einstimmige Billigung.

Die deutsche Liga für Völkerbund- und der Völkerbund.

Einem Vertreter des Volkstums Telegramm-Bureau erstattete der hochbetretene Vorsitzende der Deutschen Liga für Völkerbund, Professor Schäding über seine Stellungnahme zu dem Völkerbundesentwurf der Entente u. a.: Der Entwurf stellt sich einerseits dar als ein grandioser Bündnisvertrag unserer heutigen Völker, dessen praktische Durchführung ohne uns, uns in der Weltpolitik bauernd loslegen könnte; andererseits enthält er zahlreiche Elemente, die als Grundmauern für eine allgemeine politische Organisation der Kulturwelt ohne weiteres akzeptiert werden können. Es kommt also darauf an, daß das Deutsche Reich in den Völkerbund eintritt, aber bei dieser Gelegenheit

gleichzeitig dafür sorgt, daß das Verfassungsrecht des Bundes so ausgestaltet wird, daß die deutschen Lebensinteressen dabei gewahrt bleiben. Die Interessen Deutschlands das nicht für sich will, sollen vollständig zusammen mit denen aller neutralen Staaten. Ich weise nicht daran, daß die Neutralität sich lediglich mit Deutschland in dem Verlangen zusammenfinden werden, zunächst einmal bei der Durchbildung der Bundesverfassung gehört zu werden.

Doch auffällig ist, wie unbedachtlich und unvollkommen der Pariser Entwurf unter juristisch-technischen Gesichtspunkten ist. In dieser Beziehung ist ihm der deutsche Entwurf der Weisheit für Völkerrecht fraglos weit überlegen. Das zeigt sich namentlich darin, daß in dem deutschen Entwurf ein völkerrechtliches Einigungssamt vorgesehen ist, während die Entente die Beilegung der nicht rechtsfähigen Streitigkeiten dem ausführenden Rat überträgt, der aus diplomatischen Vertretern der Großmächte und vier weiteren Staaten bestehen soll. Doch gefährlich ist auch die Bestimmung, daß unter Berücksichtigung der geographischen Lage und der allgemeinen Umstände eines jeden Landes die Räumlichkeitsbedingungen durchzuführen werden sollten, solange nicht eine unparteiische Behörde, sondern der ausführende Rat in der oben bezeichneten Zusammenfassung diese Bestimmung vornehmen soll. Ganz zu schweigen von den besonderen Garantien, von denen nach § 7 die Zulassung der heutigen Ruhesteller abhängig gemacht werden kann. Entsprechend den früheren Nachrichten geht die Tendenz des Statuts offensichtlich dahin, Deutschland von jeder kolonialen Bestätigung auszuscheiden. Alles in allem kommt es, wie gesagt, darauf an, daß durch eine Mitarbeit Deutschlands und der neutralen Staaten das Statut so umgestaltet wird, daß es den wahren Bedürfnissen des Völkervereinens entspricht.

Ein Gespräch mit Wilson.

Bern, 17. Februar. Wilson erklärte laut New York Herald vom 15. d. M. amerikanischen Journalisten, die Frage der Freiheit der Meere sei nicht in das Wesen des Völkerbundes aufgenommen, da es zunächst nur einen Völkerbund und bundesbrüderliche Staaten, also keine Neutralen mehr geben werde. Sobald es keine Neutralen mehr gibt, gibt es auch keine Frage der Freiheit der Meere mehr.

Esner berichte ihm das Schicksal Rußlands sowie die Arbeiterunruhen. Die Plakate gegen Deutschland sei einer der Hauptgründe der allgemeinen Arbeitslosigkeit in der Welt und müsse daher bald aufgehoben werden.

Wilson beabsichtigt in Vohren zu landen und in ganz Nordamerika eine große Kampagne zugunsten des Völkerbundes zu entfalten. Wilson glaubt, daß der Friedensvertrag im Juni den Mächten zur Ratifikation vorgelegt werden kann.

Englischer Bericht über polnische Pogrome.

Die „Times“ veröffentlichten einen Bericht der englischen Sonderkommission über die feinerzeitigen polnischen Pogrome. Danach begann die jüdenfeindliche Bewegung in Galizien unmittelbar nach Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie und griff nach Polen über. Die in Krakau am Zustimmung des Liquidationskomitees gegründete jüdische Liga von 1000 Mann wurde entwaffnet und aufgelöst. Jemand wurde den Juden gestattet, sich zu bewaffnen oder in die allgemeinen Märsche einzutreten. Im November fanden ungefähr 100 Pogrome statt, an denen sich die Soldaten beteiligten oder denen sie zusahen. Es folgten nun Verurteile über die bekannten Pogrome in Lemberg, Brest-Litowsk, Kielce usw. Als besondere Missetat wurde erwähnt, daß in Lublin 100 jüdische Mädchen und Frauen bis zum Alter von 70 Jahren gezwungen wurden, hinstehen mit den Soldaten abzugehen.

In Warschau wurden alle männlichen Juden zwischen 12 und 72 Jahren öffentlich ausgepeitscht. In Komorowo und in Przegalins wurden Juden und Jüdinnen während 9 Tagen täglich ausgepeitscht und mußten für jeden Peitschenhieb 2 Rubel bezahlen. Ferner wird aus Krakau gemeldet, daß noch am 4. Februar in Wieliczka große Ausschreitungen gegen Juden stattfanden, die den ganzen Tag fortwauerten. Die Frauen, welche vor der Untersuchungskommission erschienen, hielten über die Juden her, berandeten und verprügelten sie. Nach Plünderung der Geschäfte wurde die jüdische Polizei auf unruhigen Weg und Verurteilt. Ähnliche Verurteilungen bedrohten, nicht erstlich auftreten zu können, weil sie keinen Befehl hätten. Die Telegrammlinie Wieliczka-Krakau war den Tag hindurch für telegraphische Telegramme gesperrt, so daß man von dem Pogrom in dem nahe Krakau erst am nächsten Tage Kenntnis erhielt. Von dort wurde dann eine starke Patrouille nach Wieliczka geschickt, welche die Ordnung wieder herstellte.

Eine Anfrage an Herrn Haenisch.

Die Propagandatätigkeit der Kreise, die den Militarismus wieder beleben wollen, nimmt immer gefährlicheren Charakter an. Nachdem schon seit einigen Wochen die höheren Schulen mit Klingeltönen belegt worden sind, in denen den Schülern der oberen Klassen die Notwendigkeit ihres Eintritts in eine der Reichsmilitärkorps mit den üblichen Schwabwörtern aufeinandergelegt wird, beginnt man jetzt mit der mündlichen Kapitulation.

Am Montag vormittag wurden beispielsweise in einem Wintersemester Gymnasium mitten aus einer Unterrichtsstunde heraus die Schüler der drei Oberklassen zusammengetrommelt, und vor ihnen erschien ein Offizier, um ihnen einen Werbevortrag zu halten.

Er habe es sich zur Aufgabe gesetzt, sagte der Herr unter anderem gerade an die höheren Schüler zu appellieren, weil in den anderen Schichten der Bevölkerung nicht die richtige Stimmung vorhanden sei. Es herrsche im Volke ein schlechtes Weib, und an diesem Weib seien die Führer schuld. Er beabsichtige, eine Kampagne ausschließlich aus Schülern der höheren Lehranstalten zu bilden um mit ihr zum Erfolg beizutragen. Das letzte Schreiben Hindenburgs über den Weib von 1914 wurde verlesen und so weiter.

Obwohl der Herr bei in Frage stehenden Gymnasien als ein tüchtiger Führer der deutschnationalen Volkspartei zum Berufswahliger der Arbeitervereinigungen besonders berufen sei, ist doch ohne weiteres anzunehmen, daß in anderen Schulen nach demselben Rezept verfahren wird.

Die Frage ist am Rande, was der Herr Kultusminister überhaupt zu diesem Treiben sagt. Hat er nicht den Mut, oder hat er nicht den Willen, ihn zu brechen? Wir müssen ja gut Gedulge, daß die Direktoren der höheren Lehranstalten ihm auf der Halse herantreten, aber man sollte doch meinen, daß selbst die Reichssozialisten entschieden gegen solche Veruche, halbwüchsigen Jüngern gegen das Volk und seine Führer aufzurufen, Protest erheben müßten. Gar nicht zu reden von dem Unfug, daß darin besteht, daß der Unterrichts, der ohnehin zur Zeit mangelhaft genug ist, noch durch derartige Sonderveranstaltungen leistungsfähiger Raumtats gelistet wird.

Von der Berliner Polizei.

Vor einiger Zeit wurde vom Berliner Polizeipräsidenten die in einigen Zeitungen niedergegebene Nachricht als unrichtig bezeichnet, daß die berüchtigte Abteilung VII mit dem Polizeirat Penninger wieder eingerichtet worden sei. In den letzten Tagen gehen aus erneut von Beamten des Polizeipräsidenten fortgesetzte Nachrichten zu, die erkennen lassen, daß zwar der Herr Polizeirat Penninger sich nicht mehr mit der Verhütung politischer Persönlichkeiten befaßt, daß aber die politische Polizei als solche wieder unterhanden ist.

Die Abteilung, die jetzt die Aufgaben der früheren Abteilung VII im Polizeipräsidenten übernommen hat, führt die Bezeichnung la. Sie hat angeblich nur die Überwachung von kriminellen Verbrechen (Mord, Diebstahl) zur Aufgabe. In Wirklichkeit ist das, wie einige leitende Beamte dieser Abteilung haben erkennen lassen, nur vorgegeben, um bei Angriffen auf die Wiedereinführung der politischen Polizei diese Kräfte zur Hand zu haben.

An der Spitze dieser Abteilung stehen ein Polizeirat Penninger (nicht Penninger), ferner die Kommissare Meißner, Müggli und Bonay, ferner Kriminal-Obervachtmeister Starob. In dieser Abteilung bei der Abteilung la sind die Beamten der ehemaligen Abteilung VII mit energischem Zwang kommandiert worden. Einige Kriminalhauptleute, die es ablehnten, sich wieder für politische Spitzelarbeiten herzugeben, wurden unter der Drohung dazu gezwungen, daß sonst ihre Strafverurteilung in Uniform (d. h. zum Straßendienst usw.) erfolgen würde.

Alle Mitteilungen, die wir erhalten haben, stimmen darin überein, daß die Aufgabe der Abteilung in der politischen Verfolgung von Mitgliedern der K. P. und des Kommunistenbundes besteht. Die Arbeit in der Abteilung ist in vollem Gange, es sind schon viele Akten durch die Hände der Beamten gegangen.

Wenn auch der berüchtigte Polizeirat Penninger nicht mehr an der Spitze dieser Abteilung steht, so wundert doch seine Nachfolger in den Spuren dieser berüchtigten Felde der sozialistischen Bewegung.

Aus den Kreisen der Schutzmannschaft wird uns ferner mitgeteilt:

Am 18. 2. 19 fand in der Aula des Sophien Gymnasiums eine Versammlung der Polizeibeamtengewerkschaft Groß-Berlin statt. Der Verlauf der ganzen Versammlung ließ sich als ein Kampf der Oberwachmeister gegen den Willkürismus dar, der am Alexanderplatz unter Leitung des Obersten Brückner wieder mächtig ins Recht zu schreiten beginnt. Die festlichen Ausführungen der einzelnen Redner ließen erkennen, daß die Rechte der Staatsbürger, auf die auch diese Kategorie von Beamten Ansprüche macht, im Sinne der Reaktion umgedreht werden sollen. Der Offiziersstand der Polizei, der sich in Berlin nie die Gasse des Kaltes, namentlich nicht der Arbeiter erliegen konnte, sträubte sich mit Händen und Füßen dagegen, die schrankenlose Willkür ihrer Untergebenen schieben zu lassen. Aber auch bei der Polizei ist es höchste Zeit, daß man den berüchtigten Offiziersgeist befeitigt und den Deutschen hier macht, daß sie nur Beamte sind, die ebenfalls nur ihre Tätigkeit für die Allgemeinheit einzusetzen haben.

Alle Forderungen werden einklimmend angenommen. Sie bemerken, daß die Sollbarkeit der Polizeibeamtengewerkschaft gegen die Vorkämpfer der Reaktion Sturm laufen wird, wenn nicht Wandel in den jetzigen Verhältnissen geschaffen wird, der aber unter der Leitung des Herrn Brückner wohl kaum zu erwarten ist.

Wieder wird sich bald die Stadt Berlin mit dem Schmerzenskind Polizei beschäftigen. Eine Neubildung der ganzen Polizei ist im Interesse der Stadtgemeinde und seiner Bevölkerung dringend erforderlich.

Scheidemandel.

Die A. S. für chemische Produkte vom D. Scheidemandel ist eine der bekanntesten deutschen Kriegsanstaltsgesellschaften. Die Gesellschaft, die für das Geschäftsjahr 1914/15 6 Prozent Dividende verteilte, schüttelte im folgenden Jahre, ihrem ersten eigentlichen Kriegsgewinnjahr, schon 12 Prozent aus. Dann wuchsen die Aufträge, die Preise und die Einnahmen bedeuert haben, daß eine hohe Dividende schon nicht mehr ausreichte, sondern noch eine Sondervergütung gefordert werden mußte, um überhaupt die Gewinne unterbringen zu können. Für 1916/17 erhielten somit die Aktionäre insgesamt 30 Prozent Rückvergütung und auch für das Jahr 1917/18 werden wieder 30 Prozent verteilt.

Für 1917/18 ist ein höchst löblicher Abschluß, man weiß natürlich die Höhe zu verheimlichen. Nach dem von der Verwaltung vorgelegten Abschluß ist der Bruttogewinn von 11,5 Millionen Mark auf rund 4,8 Millionen Mark zurückgegangen und der Nettogewinn von 5,9 Millionen Mark auf 4,5 Millionen Mark. Dieser ansehnliche Rückgang wird erklärt, indem die Verwaltung vorweg riesige Abschreibungen vornimmt. Deshalb wird sich aber auch fragen: Warum die Offiziellität des wirklichen Gewinns des Unternehmens nicht steht. Sonst hätten diese Zahlen herabgesetzt diese wohl sehr beliebte aber deshalb nicht weniger zu verurteilende Abschreibungsmethode.

Über die Vermehrung läßt die Aktionäre trotz des Rückgangs des Gewinns nicht zu kurz kommen. Sie erhalten deshalb dieselbe Dividende wie im Vorjahre. Sie nimmt die Mittel dazu aus Reserven, die sie jetzt für erforderlich hält, obwohl sie früher noch für völlig unzureichend gehalten wurden. Die nachfolgende Jahresdividende, die im Jahre 1918/19 ebenfalls um 30 Prozent erhöht worden. Die Rettung vor der Steuer ist so auch viel notwendiger.

Amerikanische Schlußarbeit.

Aus Wien wird uns geschrieben: Am weitere Rämpfe zwischen Deutschen und Amerikanern zu vermeiden, einigte sich vor kurzem beide Parteien über den Vorschlag des in Wien weilenden Oberleutnants der amerikanischen Armee, Miles, dahin, um die Festsetzung einer Demarkationslinie in Mexiko zu überlegen und unter Anerkennung dieser Linie jedem weiteren gewaltsamen Vorgehen bis zur endgültigen Regelung der Grenzfragen zu enthalten.

In Ausführung dieser Vereinbarung hat eine amerikanische Kommission unter Führung des Oberleutnants Miles alle heiligen Gebiete Mexikos betastet und überall die Bevölkerung einernormen. Sie hat im Automobil, auf Motorbooten und zu Fuß in unangenehm und überaus langweiligen Reisen die Gebiete aufgesucht, und es an nichts fehlen lassen, um ein guteffektives Bild der tatsächlichen Stimmung im Lande zu gewinnen. Neben drängten sich Genern und Bürger um die Kommission und haben ihren nationalen Wünschen und Hoffnungen, freimütigen Ausdruck. Im ganzen Lande herrscht Dankbarkeit und Verehrung für die Amerikaner, die sich die Mühe nicht scheuen, die komplizierten Verhältnisse des Landes

kennen zu lernen, um ihm die Schrecken eines Bürgerkrieges zu ersparen und eine gerechte Lösung der Schwierigkeiten auf Grund des Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu finden.

Stierin mischt sich ein gewisser Stolz, daß das Röntgen Band es ist, in dem zuerst das Willkürliche Prinzip vom freien Selbstbestimmungsrecht der Völker zur praktischen Anwendung gelangen soll. Es besteht allgemein die Überzeugung, daß beide Parteien sich dem Schiedspruch, dessen Verlautbarung binnen kurzem zu erwarten ist, widerstandslos fügen werden, und daß die Verhandlungen flammender Hitze, daß sich Südländern durch niemanden daran hindern lassen werde, seine Ansprüche auf das ganze Land Mexiko zu verwirklichen, angesichts des Gewinns, das der Entscheidung der amerikanischen Kommission naturgemäß zuliebe, nicht ernstzunehmen sind.

Geldgerichtsverurteilungen.

Seit einigen Wochen erscheint in Berlin eine Soldatenzeitung, die sich „Volkswacht“ nennt. Sie wird von dem Verleger für Sozialpatriotismus herangezogen. Dieser Verlag hat während des Krieges den Sozialpatriotismus eifrig propagiert und versucht nun, diesen Geist auch den Schütztruppen der sogenannten Volkregierung einzupflanzen.

Es wird fleißig Propaganda für die Freiwiligerkorps gemacht und im übrigen auf die Wiedererrichtung des alten militärischen Heeres hingearbeitet. In jeder Nummer wird ein besonderes Loblied auf diejenigen Truppenteile gesungen, die sich bei der Niederschlagung der revolutionären Arbeiter in der Jannarmade besonders hervorgetan haben. In der letzten Nummer sind die letzten bekannten Kämpfer an der Reihe. Da die Geschäfte dieser Truppe seit dem 9. November wenig ruhmvoll war, müssen die sozialpatriotischen Schreiber zu Fälschungen greifen, um die Truppe wieder populär zu machen. Der Schwindel dürfte bei den aufgeregten Arbeitern und Soldaten aber kaum durchgehen. Als erste Nummer ist der Kämpfer nachgefragt, daß sie am 9. Dezember 1918 den Befehl des Generalkommandos, die Chaussee- und Invalidenträger gegen Sportplatz abzufahren. Aber Erwartern schnell durchgeführt hätten. Doch es dabei 16 Tote und über 20 Verwundete gegeben hat, wird absichtlich verschwiegen. Die Urheber des Blutbades sind aber die Kämpfer gewesen, resp. die Stelle, die den Befehl gegeben hätte, auf wehrlose Demonstranten mit Maschinengewehren zu feuern.

Weiter wird der Sturm auf das Polizeipräsidenten am 8. Januar als rühmende Tat herbeigeholt. Doch dieser Sturm in eine Garbale angesetzt, nicht von den Schreibern unterschlagen. Aber ist es ihnen nicht bekannt, daß viele wehrlose Gefangene im Polizeipräsidenten mit dem roten niederknien worden sind, daß man andere auf dem Wege zur Kaserne mit Seitengewehren und durch Auftritte auf das abschüssige mitnahmelt hat? Wissen sie nicht, daß von den Polizeikräften in der Alexanderkaserne wehrlose Gefangene an die Wand gestellt und wie die Hunde niedergemetzelt worden sind?

Sie wissen es, aber sie verschweigen es. Das Ruhmesblatt der Kämpfer ist bei genanntem Verbrechen ein Schandblatt offenkundiger Art. Keine Geschichtsfälschung wird sie von der Schande befreien können, die sie durch ihr barbarisches Treiben während der Revolution an den Tag gelegt haben. Die Verurteilten sind sich nach ihren Schicksal in den Kassen noch groß und erzählen lobend, wie sie mit den Sportplätzen umgegangen sind. Die Schande, die sie sich angetan haben, wird ihnen nie vergessen werden, allen rechtssozialistischen Lobhudeleien und Fälschungen zum Trotz.

Gläubigerstreik in Westpreußen.

Donau, 17. Februar. Seit gestern mittag ruht auf dem westpreussischen Kleinrenten der Verkehr, da die Gläubiger, Handwerker und Arbeiter in den Kaufstand getreten sind. Es handelt sich um die Durchdringung von Lohnforderungen. Durch die Verleumdung wird die Wirtschaftslage Darius und anderer Städte schwer gefährdet.

Politische Nachrichten.

Die internationale Tagung der Arbeiterbewegungen ist jetzt endgültig auf den 6. März festgesetzt. Der Donnerstag werden Kommissionskonferenzen vorausgehen. Der Schweizer Bundesrat gibt den von dem Schweizer Organisationskomitee eingeladenen für zwei Wochen Einreiseerlaubnis. Die Konferenz ist seit 1915 beabsichtigt gewesen, hat aber bisher nie zustande kommen können.

Gewerkschaftliches.

Die Mitgliederbewegung der freien Gewerkschaften.

Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften in den Monaten seit der Revolution erhebliche Mitgliederzunahmen zu verzeichnen haben. Fast alle statistischen Aufnahmen, die von den Gewerkschaften im letzten Quartal 1918 gemacht worden sind, zeigen das gleiche Ergebnis. So berichtet eine Annahme des Sachverständigen-Vereins, über die wir der „Arbeitgeber-Zeitung“ vom 2. Februar einige Zahlen entnehmen wollen, daß die Mitgliederzahl des Verbandes im 4. Quartal 1918 36.148 betrug, gegen 21.347 im 3. Quartal 1918 und 19.603 im 4. Quartal 1917. Die Zunahme in den Revolutionsmonaten beträgt also insgesamt 18.200 Mitglieder, wovon 8788 männlichen und 9412 weiblichen Geschlechts sind. Unerwartet ist die erhebliche Zunahme der weiblichen Mitglieder, was jedoch nicht verwunderlich ist, da die Frauen im Durchschnitt-Verband von jeder die Mehrheit haben. Die Gesamtmitgliederzahl setzt sich zusammen aus 9751 männlichen und 26.397 weiblichen Mitgliedern.

Die „Verbands-Zeitung“ Nr. 4 des Gewerkschafts-Verbands berichtet ebenfalls über eine Zunahme von 30.000 Mitgliedern in acht Wochen.

Kaufmann dagegen ist, daß der Deutsche Bauarbeiter-Verband einen weniger befriedigenden Mitgliederstand zu verzeichnen hat. Der „Grundstein“ vom 8. Februar gibt darüber einen Bericht, dem wir entnehmen, daß der Verband vor Kriegsausbruch 300.000 Mitglieder hatte, während am Schluß des 3. Quartals 1918 nur 207.541 Mitglieder eingetragen waren, trotz einer Neuaufnahme im Laufe des Krieges von 60.491 Bauarbeitern.

„Ende Januar“ schreibt der „Grundstein“, betrug die Mitgliederzahl (Dabeiangehörigen und Zuzugewanderte) etwa 150.000. Es ist daraus zu ersehen, daß sich ein großer Teil unserer heimkehrenden Arbeiter beim Verband noch nicht wieder angemeldet hat.

Wir sehen Berlin eine Abwärtswendung von der allgemeinen Entwicklung, daß die Gewerkschaften während der Revolutionsmonate erhebliche Mitgliederzunahmen zu verzeichnen haben, für die auch der „Grundstein“ noch keine richtige Erklärung findet.

Im Allgemeinen muß man jedoch sagen, daß auch die freien Gewerkschaften von der Welle der Revolution erheblich in die Höhe getragen werden. Wenn sie es verstehen, durch lebhaftes Agieren und durch positive Leistungen für ihre Mitglieder die Reueingetretenen an die Höhe der Gewerkschaftsbewegung zu heften, so können die Gewerkschaften in den sicherlich kommenden krasseren wirtschaftlichen Kämpfen eine bedeutende Rolle spielen. Dazu ist jedoch eines die Voraussetzung: Sie dürfen nie aus den Augen verlieren, daß sie ihre Erfolge der großen Bewegung verdanken, die seit der Revolution durch die deutsche Arbeiterklasse geht. Sie müssen sich sehr hüten, dem Beispiel ihrer obersten Führer folgend, gegen die Organe der Revolution aufzutreten, wodurch sie sich ein anderes erreichen würden, als erhebliche Verjüngung in den Kreisen ihrer eigenen Mitglieder.

Forderungen der in den Waren- und Kaufhäusern beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

In einer Versammlung der Arbeiterbewegung des Schneiderverbandes wurde gestern Stellung genommen zum gegenwärtigen Streit in den Waren- und Kaufhäusern. Die Arbeiter haben sich über die Lage der Arbeiter in den Waren- und Kaufhäusern ausgesprochen. Auf die Lage der Arbeiter eingehend legte der Redner dar, wie schon vor dem Kriege die Bezahlung der Arbeiter in den eleganten Kaufhäusern schlechter als in anderen Geschäften war. Die vornehmste Firma Kaufhaus Derzog & Co. zahlte heute noch 100 Mark monatlich, die miserabelsten Löhne gab die Firma Gebrüder Wasse in der Jägerstraße; 30 bis 35 Mark wöchentlich für Arbeiterinnen, trotzdem diese Firma hohe Verkaufspreise habe. Den Firmen Derzog, Jorow und Weichsel hat die Gewerkschaft schon im Dezember Forderungen auf höhere Löhne eingereicht, ohne jedoch etwas zu erreichen. Heute, wo man mit den Holzarbeitern, Transportarbeitern usw. gemeinsam im Streit steht, habe man die Möglichkeit, seine Forderungen in Form eines Tarifvertrages den Unternehmern, die im Verband des deutschen Einzelhandels organisiert sind, zu unterbreiten. Die Versammlung einigte sich nach einer eingehenden Aussprache u. a. auf folgende Forderungen: Wöchentliche Löhne im ersten Jahre nach der Arbeit wöchentlich 60 Mark, steigend nach vier Jahren auf 100 Mark; Jahresverdienst von 46 auf 60 Mark; Arbeiterinnen im ersten Jahre 40 Mark, im 4. Jahre 55 Mark. Den Arbeiterinnen sollen die Gläubigerinnen, Nachfolgerinnen usw. gleichgestellt werden. Für Mutter- und Arbeiterinnen sollen 15 Proz. mehr gelöhnt werden. Außerdem soll das Arbeitsverhältnis eine Regelung erfahren.

Lohnbewegung der Arbeiter.

Eine öffentliche Versammlung der Arbeiter, die gestern tags, beschloß, eine Lohnbewegung der Arbeiter einzuleiten. Es ist vom Zentralverein der Arbeiter unterbreitete der Versammlung einen Tarifentwurf, der im allgemeinen Zustimmung fand. Die Arbeiter fordern einen Lohnzuschlag von 40 Prozent. Danach würde der Lohn sich zwischen 14 bis 18 Mark pro Tag, je nach der Beschäftigungsart, bewegen. Solo-Blumen verlangen 25 Mark pro Arbeitstag. Der Arbeitstag soll vier Stunden betragen, bei pro längerer Arbeitstag sollen Zuschläge von 3 Mark, bei 5,20 Mark pro Stunde gefordert werden. Die Arbeiter von Dankschreiben, die nur an einigen Tagen in der Woche beschäftigt werden, fordern einen Wochensohn von 40 Mark pro Woche. Auf der Grundlage dieses Tarifvorschlages sollen Verhandlungen mit den Unternehmern angebahnt werden.

Die Ortsgruppe Berlin des Verbandes der Bureauangestellten hielt am Donnerstag eine Mitglieder-Versammlung ab, in der der Geschäftsbericht für das 4. Quartal 1918 gegeben und Rechnungen vorgelesen wurden. Der erste Verbandspräsident Franz Krüger konnte von einem gewaltigen Mitgliederzuwachs in den letzten drei Monaten berichten; die seit der Novemberrevolution gewonnenen 15.000 neuen Mitglieder konnten erst zum Teil in die Statistik mit aufgenommen werden, da es der Ortsverwaltung an Kräften fehlte, die vielen neuen Mitglieder über auszuweisen. Der Bericht ging dann auf die Schwierigkeiten ein, die durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch infolge der schnellen Fernabwanderung der Unterbringung von Arbeitslosen in den Weg stellen. Für die Angehörigen der verschiedenen Branchen konnten erhebliche Gehaltsaufbesserungen erzielt werden. Bei den Arbeitsangehörigen gelang es, die verschiedenen Lohn- und Sonderorganisationen mit Ausnahme des Leipziger Verbandes zum Anschluß an den Verband der Bureauangestellten zu bewegen. Wegen der Verankerung und Industrieangestellten waren unzureichende Gewerkschaften mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen anzuschließen. Als Redner vom revolutionären Strömungsbewusstsein eingeleitet Führer des Zentralverbandes sprach, erbot sich harnischer Fecht in der Versammlung. — In der Diskussion wurde an der Zahl der Gewerkschaftsteilnahme lebhaft Kritik geübt; um die Kampfkraft der Arbeiterbewegung zu erhöhen, wäre eine Verschmelzung mit dem Zentralverband notwendig notwendig, der sich für die Interessen der Arbeiter energischer ins Zeug legen habe, als der Verband der Bureauangestellten. Auch das Schicksal des Verbandes Krüger, der von seinem Vorgesetzten, um einem Ruf an eine andere Stelle zu folgen, war mit sofortigen Ausscheiden gegen die Kampfkraft des Zentralverbandes gefordert, die angeblich über gewerkschaftlichen Partei widerspreche. — An Stelle des ausgeschiedenen Krüger, Präner wurde vorläufig Rudolf Karl Bauer gewählt, zwei weitere Angehörige für die Ortsverwaltung sollen in einer späteren Versammlung ausgewählt werden. — In Vertretung des Hauptverbandes wurden Hubert Reich, Fritz Schulz, Adam und Reinhold Schulz bestimmt.

Aus der Partei.

Die U. S. V. T. in Coburg. Die 3 Reichstagswahlkreise Reimungen 1. und 11. und Coburg gelten höchst als letzte Chancen für den Regierungsozialismus. Nachdem es unteren Gewinns Rückwärtigen während der Wahl zur Nationalversammlung gelungen war, mit einzelnen Orten Coburg in Verbindung zu treten, hat sich jetzt, wenige Wochen nach der Wahl, ein Zusammenstoß aller auf dem Boden der U. S. V. T. lebenden Gewinns Coburg in Coburg ermöglichen lassen. Am Sonntag, den 8. Februar, fand in Coburg in Coburg eine Konferenz der U. S. V. T. statt, in der es zur Gründung einer Parteiorganisation Coburg in Coburg für die U. S. V. T. kam. Vertreten waren 7 Orte mit 15 Delegierten, und zwar Zwickau, Weimar, Sonneberg, Pöhl, Jena, Jena, Jena und Weimar bei Coburg, in denen schon lebensfähige Organisationen der U. S. V. T. mit zusammen rund 500 Mitgliedern entstanden sind. Nach lebhafter Aussprache beschloß man, unabhängig den Parteitag in Weimar zu führen, nachdem es die Regierungsozialisten abgelehnt hatten, mehreren Gewinns bei einem gemeinsamen Vergleich gleiche Rechte in Bezug auf die Kandidatenliste zu gewähren. Auf der Konferenz wurde ferner die Gründung eines „Reimungsunternehmens“ für Coburg in Coburg beschlossen, damit die Bevölkerung dem Anflug der Regierungsozialistischen Presse entgegen werden kann.

Groß-Berlin.

Das proletarische Kind und die Gemeindeväter.

Wenn wir am 23. Februar zur Wahrheit kehren, um auch den Gemeindevätern zu einem Regime zu verhelfen, das den Forderungen der neuen Zeit angepaßt ist, müssen wir auch an jene denken, welche bisher von der herrschenden Klasse recht stiefmütterlich behandelt wurden, an unsere Kinder. Ungeheuer groß ist das Elend, welches als Folge des Krieges auf der Kindertwelt lastet. Tausende und Abertausende ist der Vater genommen, in hunderttausend Fällen mußte die Mutter schwere Fronarbeit leisten, so daß die Kinder eine trostlose Jugend verleben. Man nun diesen kleinen bekümmerten Wesen, die so lange im Dunkel lebten, das Licht und die Sonne bringen zu können, bietet sich den neuen Gemeindeväterungen ein unabweisbar lohnendes Betätigungsfeld. Neben der Sorge für das Kind, im Mutterleib durch Schwangerschafts- und Hebammenwesen usw., neben allen Forderungen in bezug auf die Schule, Pflanzschule u. a. ist eine unbedingte Notwendigkeit die Einrichtung von städtischen Kinderhorten. Was bisher auf diesem Gebiet geleistet wurde, ist so gering und war mehr oder minder Sache verschiedener Vereine. Hauptächlich waren es die Religionsgesellschaften, die neben dem Seelenheil nicht zum wenigsten militärische Erziehungspraktiken betätigten und auf diese Weise vieles mit dazu beitrugen, daß das Wort: „Der Brenne ist der neoborene Soldat“ — richtig: dazu erzogene Soldat — allgemeine Gültigkeit erlangte. Hier kann und muß die Gemeinde vorbildlich wirken. Es sind Räume zu schaffen, wo die noch nicht schulpflichtigen Kinder tagüber sich aufhalten können unter Leitung geprüfter Kinderkammerfrauen. Alle modernen Erziehungsprinzipien und — mittel sind hier anzuwenden. In Verbindung damit sind Räume einzurichten, wo die schulpflichtige Jugend Gelegenheit hat, Schularbeiten zu machen oder zu lesen und sich mit Spielen zu beschäftigen. Auch soll hier durch geeignete Kräfte Handwerksunterricht für Knaben und Mädchen erteilt werden. In den Abendstunden können diese Räume dann der schulpflichtigen Jugend als Jugendheim dienen. Durch reichhaltige Bücherreihen, Spiele, durch Lichtbildervorträge kann diese Einrichtung noch ergänzt werden.

Wichtig ist, auch während der Ferien in weitestgehendem Maße für die proletarischen Kinder zu sorgen. Berlin hat hier schon durch seine Auenplätze eine hervorragende Leistung geleistet; die anderen Gemeinden müssen folgen. Das System der Ferienkolonien muß ausgebaut werden, Schülerwanderungen müssen eingerichtet werden. Vieles von dem oben Angeführten ist schon von der Arbeiterklasse selbst in Angriff genommen; es muß aber Lückenhaft bleiben teils aus Mangel an Mitteln, teils wegen fehlender geeigneter Kräfte. Es ist darum Aufgabe eines sozialistisch geleiteten Gemeinweins, das Verfügbare mit aller Geschwindigkeit nachzuholen. Körper und Geist der Kinder, die so lange unter der verheerenden Wirkung des Krieges gelitten haben, werden sich neu kräftigen und stärken, und in Millionen von Mutterherzen wird das Bewußtsein Raum finden, daß es nur der Sozialismus ist, der das stolze Wort vom „Vierzehnten des Kindes“ zu einer realen Tatsache machen kann.

Proteste gegen die Behandlung Rabels.

Eine am 14. Februar tagende Betriebsversammlung der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie („Telefunken“) nahm mit großer Entrüstung davon Kenntnis, daß ein führender Genosse der Internationalen, der Genosse Karl Rabel aus England, hier in unserer „sozialistischen Republik“ hinter Kerkermauern sitzt, und sogar in eisernen Ketten schmachten muß. Wir verlangen von der Arbeiterregierung, heißt es weiter in dem Protest, daß Genosse Karl Rabel in einer auch dem politischen Gegner zustehenden Art und Weise behandelt wird, wie es dem Ansehen unserer „sozialistischen Republik“ entspricht, um nicht dadurch einen neuen Krieg mit England heraufzubeschwören. Auch die Sozialistische Studentenpartei Berlin, die Anhänger sämtlicher Richtungen des Sozialismus umfaßt, protestiert gegen die Auffassung, daß politische Vergehen wie gemeine Verbrechen behandelt und über Aburteilungen solche Paragrafen des Strafgesetzbuches zugrunde gelegt werden, gegen die die Revolution am 9. November selbst verstoßen hat. Die sozialistische

Studentenpartei protestiert ferner dagegen, daß Untersuchungsgefangene wie abgeurteilte Verbrecher in Strafgefängnissen untergebracht und dort noch schlechter als jene behandelt werden.

Trennung von Staat und Kirche durch das Volk.

Die mit dem obigen Thema zum Sonntagabend nach dem Stadthaus einberufene Volksversammlung gestaltete sich zu einer mächtigen Demonstration zur Trennung von Staat und Kirche. Amore vor der angegebenen Zeit war der Stadthausaal nicht nur gefüllt, sondern alles Saal und familiäre Gänge, in drangvoller Hürdenfülle „überfüllt, und auf der Straße bariten noch Hunderte und warteten auf Einlaß, der ihnen nicht mehr gewährt werden konnte. Es blieb schließlich nichts anderes übrig, als eine Nebenversammlung im Freien zu veranstalten.

Während drinnen Adolph Hoffmann vor etwa 3000 Menschen in seiner bekannten volkstümlichen Art feine Ergebnisse im Kultusministerium und sein Zusammenarbeiten mit seinem Ministerkollegen Goenisch schilderte, wurden in der Klosterstraße von einem Fenster aus von A. Gerndt und Dr. Krichke Ansprachen an die auf der Straße stehenden gehalten.

In der Stadthalle hatten sich auch einige Geistliche eingestellt, welche für ihre bedrängte Kirche einzuweisen und teilweise sehr radikaler Form mit den Sünden des Kirchenbistums abrechneten. Von der Rednerin Frau Krichke wurde auf den von der Sozialistischen Gemeinde eingerichteten Moral- und Religionsgeschichteunterricht hingewiesen und die Anwesenden aufgefordert, ihre Kinder in diesen Unterricht zu senden.

In einem oft von rassistischem Geiste unterbrochenen Schlusswort rednete A. Hoffmann mit seinen zahlreichen Gegnern ab. Auch zahlreiche Redner hatten sich eingegeben. Herr Minister Goenisch hatte es vorgezogen, nicht zu erscheinen.

Der Organisator mit dem Hummelnest.

Und wird geschrieben: „In denjenigen Gesellschaften, bei denen gestreift wird, gehört u. a. auch der „Deutsche Lloyd“, Oranienburger Str. 16. Am Donnerstag, den 18. Februar, wurden die Streifen, die sich durchaus loyal verhielten, von dem Bruder des Generaldirektors, C. Walther, in einer für sich sprechenden Weise bestraft; u. a. sind von diesem Herrn in Gegenwart von zwei Schuttmannsposten folgende Worte gesagt worden: „Wenn Sie nicht wachen, daß Sie wachsam sind, habe ich Sie eine in die Pr...“. Am Freitag, den 14. d. M., erdriehete sich dieser Herr, der erst seit Dezember im Dienste dieser Gesellschaft steht, vor der Eingangstür mit einem Hummelnest zu erscheinen, um die Streifen damit zu schlagen. Nebenbei wird noch bemerkt, daß dieser Herr lediglich für die Organisation eingestellt ist; also höchstwahrscheinlich glaubt er, die Organisation am besten und erfolgreichsten mit dem Hummelnest durchzuführen. Es muß ausdrücklich hinzugefügt werden, daß keine Veranlassung vorliegt, in einer derartigen Weise aufzutreten. Gang abgeben davon, ist es in der heutigen Zeit der Umwälzung eine Provokation gewesen.“

Das Vorstehende spricht für sich. Die Kritik überlassen wir den Beschäftigtenangehörigen. Sie werden wissen, welche Maßnahmen sie dagegen zu ergreifen und wie sie sich zu schützen haben.

Zeugen gesucht!

Zeugen, die gesehen haben, wie am 8. Februar durch die militärischen Wachposten bei dem Gute Friedrich-Wilhelmshof nahe Bernau ein Mann erschossen und zwei Männer schwer verwundet worden sind, werden gebeten, alle zur Klärung der Sache dienlichen Beobachtungen dem Unterzeichneten schleunigst zukommen zu lassen.

Redaktionsrat Dr. Siegfried Weinberg, Berlin E 2, Klosterstr. 68/67.

Eine Arbeiterlosenversammlung findet am Donnerstag, den 20. Februar, mittags 1 Uhr, in den Andreasfesthallen (Andreasstr. 21) und in den Brodfällen des Ostens (Frankfurter Allee) statt.

Die Republikanische Selbstwehr (Depot 8) teilt uns unter Bezugnahme auf unsere Notiz „Was man den Arbeitern zu bieten mag“ mit, daß nicht der Bahnhofsarbeiter der Verstoß zum Rebieren gegeben hätte. Es handelt sich auch nicht um die Revision von Arbeitsbedingungen, sondern um Mitten und Sätze der Eisenbahnarbeiter, die, wie wiederholt festgestellt wurde, mit getriebenen Lebensmitteln gefüllt gewesen wären. Die getroffene Maßnahme mühe vom sozialen Standpunkt nur begrüßt werden. — Die Arbeiter sind der Meinung, daß sie auf offener Straße sich nicht revolvieren lassen wollen, zumal sie bereits den Partier passiert haben. Wenn sie bereit waren, in einem geschlossenen Raume eine Kontrolle vornehmen zu lassen, so ist das doch alles, was sein kann. Mehr kann niemand verlangen und es muß vom Standpunkt der Würde und der Ehre der Arbeiter gegen diese öffentliche Beleidigung Einspruch erhoben werden.

Bereitsung sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Groß-Berlins. Sitzung am Mittwoch, 19. Februar, abends 7 Uhr, in der Schulaula hinter der Garnisonstraße 2. L.-O.: 1. Unsere praktische parteipolitische Tätigkeit (Wille); 2. die kollegiale Schulleitung (Weg); 3. Verkündener.

Was den Organisationen.

6. April, 18. Abteilung. Der Frauenlokalabend findet am Donnerstag, den 20. Februar, abends 7 Uhr, bei Schulz, Weitzer Straße, statt.

Schöneberg. Als Kandidaten der II. S. F. werden zur Stadtverordnetenwahl in Berlin-Schöneberg aufgestellt: 1. Gustav Hoffmann, Tischlermeister, 2. Eduard Peterson, Metzger, 3. Marie Köhn, Krankenschwester, 4. Karl Drees, Schlosser, 5. Friedrich Martens, Gastwirtsbesitzer, 6. Ernst Wilberg, Kaufmann, 7. Rudolf Doerwald, Grafiker, 8. Paul Eymann, Maurer, 9. Rudolf Loms, Mechaniker, 10. Max Desselbarth, Bergbauarbeiter, 11. Otto Köhler, Tischler, 12. Paul Goßmid, Hilfsbeamter, 13. Gottlieb Kühle, Foder, 14. Franz Berg, Restaurateur, 15. Max Großer, 16. Gustav Keitel, Schmelz, 17. Georg Schröder, Schlosser, 18. Friedrich Franke, Magistratsassistent, 19. Karl Schmidt, Monteur, 20. Otto Kamm, Dreher. — Am Donnerstag, den 20. Februar, abends 7 1/2 Uhr, finden drei öffentliche Wählerversammlungen für Männer und Frauen in folgenden Schulorten statt: Communalschule, Frankfurterstraße 10, Ade Eilenacher Str.; Pflanzenschule, Kolonnenstr. 21-23; 5. Volksschule, Kubensstr., nahe Kirche. Tagesordnung: Die Unabhängige Sozialdemokratie in der Kommune. — Zwei Ausprache.

Benfes. Mittwoch, den 19. Februar, abends 6 Uhr, bei Koloff, Damerowstraße 19: Versammlung aller Wähler Helfer und Helferinnen zur bevorstehenden Gemeindevorwahl. Mittagsbesuch legitimiert.

Alteuerode. Mittwoch, den 19. Februar, abends 7 Uhr, öffentliche Versammlung im Restaurant „Rühl am Bahndorf“. Tagesordnung: die Aufgaben der II. S. F. D. in der Gemeinde. Referent Genosse Dr. H. Breisch.

Wittenau. Morgen, Mittwoch, den 19. Februar 1919, abends 7 Uhr, bei Friedrich Schulz, Oranienburger Str. 88, öffentliche Kommunalwählerversammlung. Die Tagesordnung.

Berlin-Buchholz. Mittwoch, den 19. Februar, abends 7 Uhr, öffentliche Versammlung im Lokal Röhne, Berliner Straße 28. Tagesordnung: Gemeindevorwahl.

Freie Jugend Pankow-Schönhausen. Mittwoch, den 19. Februar, abends 7 Uhr, im Schwannengarten, Nieder-Schönhausen, Pankowburger Str. 4: Öffentliche Jugendversammlung. Thema: Jugend und Revolution. Ref. Gen. Willi Scholz, Rader. Freie Ausprache. Alle früheren Funktionäre der Arbeiterjugend, die gewiß sind, in der Freien Jugend mitzuarbeiten, sind zu dieser Versammlung zu einer dringenden Besprechung eingeladen.

Freie sozialistische Jugend Neukölln. Am Mittwoch, den 19. Februar, abends 7 1/2 Uhr, beginnt in unserem Jugendheim, Roggenstraße 16, der Vortragserkurs über den christlichen Kommunismus. Vortragender: Genosse Pjatorow von Gopler.

Verantwortlich für die Redaktion: Wilhelm Bielow, Neukölln. — Verlag: „Die Arbeit“ G. m. b. H., Berlin. — Druck der Einheitsdruckerei und Verlagsbuchhandlung m. b. H., Schiffbauerdamm 12.

Gute Bücher für den Chestand

in mehr als 100 000 Familien verbreitet.

Der Wienich

Werden, Sein und Werden von A. Fischerhoff. Mit vier farbigen Tafeln und 278 Illustrationen. Preis gebunden 7,50 M., gebunden 10 M.

Mann und Weib

eine Gesamtdarstellung ihrer physiologischen, sittlichen und kulturhistorischen Beziehungen von Dr. Reckens. Preis gebunden 4 M., gebunden 5 M.

Das Geschlechtsleben des Weibes

von Frau Dr. Anna Fischer-Düdelmann. 20. Auflage mit vielen Illustrationen und einem zerlegbaren Modell des Frauenkörpers. Für die junge Frau, die Mutter unentbehrlich für jeden Gatten beizubehalten. Preis gebunden 5 M., gebunden 6,50 M.

Die aufgeklärte Frau

von Trakla Bogianelli: Das Weib, das je über und für die Frau erschienen ist. Mit vielen Illustrationen der Frau in allen Lebenslagen. Preis, gebunden 5 M., gebunden 6,50 M.

Wer über sich, die Ehe gute Aufklärung haben will, der lese diese vorzüglichen Bücher. Männer und Frauen der Wissenschaft geben hier ihr Bestes an Lebenserfahrung. Die Bücher sind einzeln oder zusammen zu beziehen durch Böcker & Co., Berlin W 9, Röhrenstraße 27, Tel. 8.

Wahlordnung für die Arbeiterwahlen „Stettin“.

1. Wahlberechtigt sind alle in der Stadt Stettin wohnhaften, über 20 Jahre alten, gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen beiderlei Geschlechts. Und zwar: a) Alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Arbeiter, Einzel-, Einzel- und Gemeindegewerbeten; b) alle sonstigen, über 20 Jahre alten Personen beiderlei Geschlechts, die am 20. Februar 1919 Mitglieder einer sozialdemokratischen Partei sind.

2. Wähler sind alle über 20 Jahre alten Personen beiderlei Geschlechts, die Mitglieder einer sozialdemokratischen Partei sind, und in der Stadt Stettin ihren Wohnsitz haben. Gemählt wird nach dem System der gebundenen Stimm und der Verhältniswahl. Die Wahl ist geheim und direkt. Es sind insgesamt 38 Arbeiterwahlkreise zu wählen. Der Wähler muß sich vor der Abgabe seines Stimmzettels zweifelsfrei ausweisen. Die gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen beiderlei Geschlechts weisen sich durch einen zu diesem Zweck vom Arbeitgeber oder ihrer Dienststelle auszufüllenden Ausweis aus. Arbeitslosen, wahlberechtigten Personen dient die Besonderekarte des Arbeitsamtes als Ausweis.

Alle sonst wahlberechtigten haben sich durch Parteimitgliedschaft oder Karte auszuweisen. Die Arbeitgeber oder Dienststellen sind zur Ausstellung sogenannter Ausweise ohne besonderen Verlangen der Wahlberechtigten verpflichtet. Der gesamte Wahlzettel wird von einem aus 7 Personen bestehenden Zentralwahlkomitee geleitet. Für alle Wahlberechtigten wird das Gebiet der Stadt Stettin in Wahlbezirke eingeteilt. In jedem dieser Wahlbezirke teilt ein aus 5 Personen bestehender Bezirkswahlvorstand die Wahlordnung. Die Wahllokale werden nach bekanntgegeben. Das Wahllokal wird Punkt 5 Uhr nachmittags geschlossen. Die zu dieser Zeit im Wahllokal anwesenden Wähler können ihr Wahlrecht noch ausüben. Nachdem sie ihr Wahlrecht ausgeübt haben, wird das Wahllokal wieder geschlossen.

3. Solort nach beendeter Wahl schließt der Wahlvorstand die Wahllokale ab. Nach der Wahl wird die Anzahl der abgegebenen und der auf jeden Wahlbezirk entfallenden Stimmen fest. Ueber die Wahl und deren Ergebnis ist ein Protokoll zu verfassen und nach dem gesamten Bezirkswahlbezirk zu unterzeichnen.

10. Das Protokoll, die Wahlzettel, Stimmzettel und Ausweise sind sofort nach festgestelltem Wahlergebnis zu schließen und mit der Aufschrift „Arbeiterwahlen“ an das Zentralwahlkomitee einzusenden.

Stettin, den 18. Februar 1919. Der Bevollmächtigte des Arbeiterrates der Stadt Stettin.

Emald Boland, Beringsstraße 6.

Ausführungsbestimmungen zur Wahlordnung für die Arbeiterwahlen Stettin.

Zu 2 und 3. Wähler, sowie wahlberechtigt sind nur Personen, die im Besitze ihrer freien Willensbestimmung sind.

Zu 4. Jede Wahlkraft darf nur einen Stimmzettel abgeben, der sich auf eine von den sozialdemokratischen Parteien herausgegebenen Listen bezieht. Alle übrigen Stimmzettel sind ungültig.

Beim Ausfüllen eines Arbeiterwahlzettels sind die Wahllokale der betreffenden Liste einzuhalten.

Zu 5. Die Arbeitgeber, bzw. Dienststellen haben dafür zu sorgen, daß die Ausweise die spätestens Mittwoch, den 19. Februar 1919, vom Zentralwahlkomitee in der Zeit von 8-12 Uhr vormittags und 3-6 Uhr nachmittags abgeholt werden.

Der Sitz des Zentralwahlkomitees befindet sich in Stettin, Bahnhofsstr. 4, Regimentsgebäude, Sitzungssaal, Zimmer 10, Fernsprecher 5750/81.

Die Ausweise sind vor dem Wahltage vom Arbeitgeber bzw. den Dienststellen ausgefüllt den wahlberechtigten Personen zu übermitteln. Der Wähler muß seine Personalkarte auf den Ausweis selbst ausfüllen und mit eigenhändiger Unterschrift versehen. Der Ausweis wird bei der Wahl abgegeben.

Die Wahlordnung muß in eigener Person vorgenommen werden. Die Vormerkungen für Arbeitslose werden bei der Wahl abgegeben.

Zu 6. Das Zentralwahlkomitee wird vom K. und G.-Rat bestimmt. Es bestimmt die Bezirkswahlbestimmungsstellen.

Zu 7. Die Wahlvorstände der Bezirke setzen sich zusammen aus einem Vorsitzenden und dessen Stellvertreter, einem Schriftführer und zwei Stimmenführern. Die Wahlvorstände verteilen diese Rollen unter sich selbst. Die Stimmenführer haben die Namen der Wähler in eine Liste einzutragen.

Nach Bestätigung der Wahlberechtigung überlegt die wahlberechtigste Person ihren zusammengestellten Stimmzettel dem Wahlvorstand, der ihn sofort in die Urne legt.

Gesehen. Der Vollst.-Präsident. J. B. Jhr. v. Straun. Stettin, den 18. Februar 1919.

Spezial-Behandlung von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden jeder Art

bei Männern und Frauen. Herarthritis, Syphilis, Hautausschläge, Flechten, Herpes, Nerven-, Blasenleiden usw. nach Primärarzt Dr. Hermann Wolpert, geb. 1878, in Berlin. Möglichst schnell, schmerzlos, ohne Operation u. Narbenbildung. Auch Anwendung der wissenschaftl. Operationen u. allseitig bewährt. Köpenick, Hohemannstr. 42, 1 (4 Min. v. Stettin). Sprechst. 10-12 u. 3-7 Uhr. Sonnt. v. 10-11 Uhr vorm.

Spezial-Arzt f. Geschlechtsleiden

speziell, veraltet, hereditäre Herarthritis, Gonorrhoe, Geschwüre, Ausschlag, Mendenbrüche, Nervenleiden, Gänge Syphilis, eigene Heilmethode verbunden mit Salvarsan-Kuren, Urin u. Harnuntersuchungen. In erster u. zweiter Klasse. Dr. Löser sanior. Neuer Rosenthaler Straße 69/70 am Rosenthaler Platz. Behandlungsz. 9-1, 4-9, Sonnt. 9-1. Separat für Damenzimmer.

Zeitungsfrauen

werden noch in nachstehenden Expeditionen eingeworben. Berlin: 1. Hildesheimerdamm 10. 2. Hiltner, v. d. Hagen 11. 3. Friesen, Pankowburger Straße 24. 4. Götze, Götze 26.

Spezial-Behandlung von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden

jeder Art bei Männern und Frauen, spez. veraltete (chronische) Herarthritis u. Ausläufer, nervöse Schwäche usw. Ehrlich-Haas-Kuren, Harnuntersuchung, Licht- und Finsen-Behandlung, Quecksilber-Entziehungen, Kuren u. Elektrolyse. Hat für elektrische und medizinische Bäder. Ausen Herarthritis, Osteitische Klamm für Damen und Herren. Ärztlich geleitete Heilanstalt. nahe Alexanderplatz. Löser, Münzstr. 9, 9-1, 4-8, Sonntags 9-1.

PIANOS Adam, Münzstr. 16

große Auswahl gebrauchter, in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergerichtet, sowie neuer Pianos, Pianette, weiße Klaviere. Kapellbesetzung 1500 Mark. Klaviermeister Adam, Münzstr. 16.

Persianermantel Sealmantel Herrenpelze Sportpelze Kreuzfütze

Gelegenheit, billig abzugeben. Ehren-Erhörung. Ich nehme die Beihilge von Frau Manche zurück. Otto Siele.

Blauer Bazar

Kaiser Wilhelmstr. 16, an Alexanderplatz. Bestelle mit Mänteln, Mä. 12, Lippmann, Tilsiter Straße 4, No. III. Eckrestaurant, zugewand. Kranichstraße 4, Elisek, Alvenslebenstraße 4.